

## KATRIN GÖRING-ECKARDT

### Integration als Konzept

Gestern fand ich im Sportteil der BILD-Zeitung folgende Meldung: „Bayern sucht 12. Deutschen“, hieß es da. Und weiter: „Seit Alexander Baumjohann an Schalke verkauft wurde, stehen im Kader nur noch elf deutsche Spieler. Zwölf müssen es laut DFL-Statuten aber sein. Da Bayern jetzt keinen Spieler mehr verpflichten will, geht’s im Trainingslager in Dubai für die beiden 19-jährigen Amateure Mehmet Ekici (Mittelfeld, Deutsch-Türke) und Diego Contento (Abwehr, Deutsch-Italiener) um einen Profivertrag.“ Diese Meldung sagt uns vielleicht mehr zum Thema dieser Tagung, als so manche tiefeschürfende Analyse.

Vielen Dank für die Einladung zu den 53. Bitburger Gesprächen. Lassen Sie mich kurz etwas zur Struktur meines Vortrags sagen: Zuerst möchte ich einige grundsätzliche Dinge zur Debatte über Integration ansprechen. Im Anschluss daran möchte ich Ihnen dann ein Integrationskonzept vorstellen, das ich für vielversprechend halte, weil es Integration als wechselseitigen Prozess versteht.

„Integration als Konzept“: Der Titel, der mir für meinen Beitrag mitgegeben wurde, klingt erst einmal arg theoretisch. „Integration als Konzept“, das hört sich abgehoben an und irgendwie weit entfernt vom Alltag. Fast könnte man beim ersten Lesen dieses Titels denken, dass es sich bei Integration vor allem um eine Aufgabe für Soziologen, Wissenschaftler und vielleicht auch für Politiker handelt. Dabei ist das ja nicht so: Integration findet tagtäglich an unterschiedlichen Orten statt – oder eben im schlechten Falle nicht: in der Schule, auf dem Arbeitsamt, im Sportverein, am Bahnhofskiosk, bei der Stadtplanung und so weiter. Integration lässt sich politisch unterstützen, aber nie planen und einfach so technokratisch „umsetzen“. Sie ist primär eine Sache der Gesellschaft und – ganz einfach gesagt – des alltäglichen Umgangs miteinander.

Dass die Integration anderer Kulturen und anderer Religionen in einer Gesellschaft von vielen irrationalen Faktoren geprägt ist, hat sich vor einigen Wochen in der Schweizer Minarett-Abstimmung gezeigt: Hier wurden im Vorfeld der Abstimmung untergründige Ressentiments bewusst geschürt, anstatt den Sorgen mit rationalen Argumenten zu begegnen. Erinnern Sie sich an das Plakat, das in der Schweiz aufgehängt wurde und das die deutschen Zeitungen abgedruckt haben? Die Minarette sahen aus wie Mittelstreckenraketen – was sagt uns das? Etwas über unser Nachbarland? Über uns selbst?

Und auch in Deutschland war es in der Vergangenheit leider so, dass die Angst vor dem angeblich „Fremden“ immer wieder für populistische Kampagnen missbraucht

wird. Ich denke da etwa an *Roland Kochs* Wahlkampf gegen „Ausländerkriminalität“, der zum Glück nicht von Erfolg gekrönt war.

Aber auch unabhängig von solchen populistischen Zuspitzungen wird das Thema Zuwanderung und Integration in der öffentlichen Debatte oft als etwas behandelt, das misslingt, ein Problem ist oder angstbesetzt ist. Menschen aus anderen Ländern und Kulturen werden oft pauschal als Bedrohung gesehen. Unterschlagen werden oft genug die positiven Seiten der Zuwanderung: Ein großer Anteil der hier lebenden Migrantinnen und Migranten ist längst in unserer Gesellschaft angekommen. Sie bereichern und verändern unsere Gesellschaft seit Jahren in allen Bereichen. Einige Migrantinnen und Migranten der zweiten und dritten Generation können hervorragende Bildungsabschlüsse vorweisen. Das wissenschaftliche, intellektuelle und künstlerische Leben in Deutschland wird inzwischen auch durch Migrantinnen und Migranten geprägt. Denken Sie an den Filmemacher *Fatih Akin*, an den Schriftsteller *Feridun Zaimoglu*, an den Politiker *Cem Özdemir* oder an die Publizistin *Necla Kelek*.

Und: Viele Unternehmen setzen auf „Diversity Management“ und schätzen die kulturelle und soziale Unterschiedlichkeit ihrer Mitarbeiter.

Bevor ich vor diesem Hintergrund etwas zur Integrationspolitik und den politischen Voraussetzungen ihres *Gelingens* sagen werde, möchte ich noch zwei grundsätzliche Fragen aufwerfen, die mir für eine sinnvolle Debatte wichtig erscheinen. Erstens: Welche Phänomene meinen wir eigentlich, wenn wir von fehlender Integration sprechen? Und zweitens: Wen adressieren wir eigentlich, wenn wir von Integration sprechen?

Zur ersten Frage: Das Gegenteil von Integration ist ja nicht unbedingt die schiere Desintegration, also das Auseinanderfallen der Gesellschaft in vereinsamte und isolierte Individuen. Oft meinen wir, wenn wir über Probleme der Integration sprechen, nicht *fehlende* Integration, sondern *falsche* Integration. Nämlich die Integration in Milieus, die sich von der sogenannten Mehrheitsgesellschaft abkoppeln, das Sich-Einrichten in dem, was manche „Parallelgesellschaften“ nennen. Wobei wir sicher viele „Parallelgesellschaften“ in unserer Gesellschaft finden. Auch manche, die sich der Elite zu-rechnen, dürften, was Werte, Sprache, Solidarität etc. angeht, den Merkmalen von „Parallelgesellschaften“ entsprechen.

Aber zurück: Das Problem dessen, was wir mit falscher oder unvollständiger Integration meinen, ist, dass der soziale Einschluss in ein bestimmtes Milieu den Einzelnen oft nicht die Freiheit lässt, sich für ein anderes Leben zu entscheiden. „Integration in Freiheit“ – dieser Titel der 53. Bitburger Gespräche gefällt mir sehr gut, weil er auf den sehr wichtigen Aspekt der *Selbstbestimmung* verweist. In einer pluralistischen Gesellschaft führt gelungene Integration nämlich nicht zu weniger, sondern zu *mehr* Freiheit. Sie gibt den Individuen mehr Spielraum für die Wahl eines selbstbestimmten Lebens. Integration kann dann etwa heißen: Junge muslimische Frauen gehen zum Studium an die Uni, junge muslimische Männer wenden sich gegen das Machogehabe ihrer Väter. Es geht um die Freiheit an einem bestimmten Punkt im Leben sagen zu können: „Und tschüss, ich bin dann mal weg, ich versuche mein Glück woanders!“ Es

muss aber auch heißen können: „Ich bin Mathematiklehrerin in Stuttgart und zumindest in der Freizeit gehört das Kopftuch zu meiner Identität.“

Diese Freiheit hat Voraussetzungen, sie ergibt sich nicht von selbst.

Natürlich sind die geschlossenen Milieus ambivalent, denn sie schützen als gesellschaftliche Nischen auch vor den Überforderungen der Gesellschaft. Wenn man etwa durch Berlin-Kreuzberg geht, dann hat man das Gefühl, dass die parallele Integration, die hier stattfindet, auch einen Schutzraum bietet: die Bewohner sind oftmals eben prima integriert in Familienzusammenhängen, Kleinbetriebe und Nachbarschaftsinitiativen. Es gibt da so etwas wie gelebte Solidarität. Dahinter stehen Werte, die wir in der „Mehrheitsgesellschaft“ unbedingt wollen. Auch an diesem Punkt hat Integrationspolitik anzusetzen. Wir müssen uns fragen: Was wird hier angeboten, was eigentlich Aufgabe des Staates wäre? Denn gewiss ist es ein Problem, wenn dieses Milieu der einzige Bezugspunkt der Migranten und der nächsten Generationen bleibt. Und dadurch auch der Anreiz fehlt, überhaupt Deutsch zu lernen, weil man ganz gut auch ohne Deutschkenntnisse durch den Alltag kommt.

Zur zweiten Frage: Wen meinen wir, wenn wir über solche „geschlossenen Gesellschaften“ und das Problem einer einengenden, falschen Integration sprechen? Klar, ich weiß, dass es hier und heute um die Integration von Migrantinnen und Migranten gehen soll. Dennoch möchte ich kurz darauf aufmerksam machen, dass diese „Abdichtung“ bestimmter Milieus nach außen längst kein „Alleinstellungsmerkmal“ von Migrantinnen und Migranten ist. Natürlich gibt es solche Milieus, aus denen es kein Entrinnen gibt, in denen Bildungsarmut und mangelnde Aufstiegschancen sich gleichsam vererben und zum „sozialen Schicksal“ erstarren, auch in der nicht-migrantischen Bevölkerung.

Einige Zahlen sprechen dafür, dass es sich um Probleme handelt, welche die gesamte Gesellschaft betreffen: Rund vier Millionen Deutsche können so schlecht lesen, dass sie als Analphabeten gelten. Und jeder fünfte 15-Jährige ist akut gefährdet, ebenfalls ein Leben lang Analphabet zu sein. In fast der Hälfte aller Familien mit kleinen Kindern wird nicht regelmäßig oder gar nicht vorgelesen.

Eine andere Statistik: Zwar geht die Zahl der Schulabbrecher langsam zurück, aber immer noch verließen im Jahr 2008 64 400 Jugendliche die Schule ohne Abschluss. Das sind ungefähr so viele Menschen, wie in Fulda oder Weimar leben.

Und das grassierende Problem, das Arche-Gründer *Bernd Siggelkow* in seinem Buch „Deutschlands sexuelle Tragödie. Wenn Kinder nicht mehr lernen, was Liebe ist“ anspricht, ist auch eines, das die sogenannte Mehrheitsgesellschaft betrifft: Viele Kinder und Jugendliche aus sogenannten „bildungsfernen“ Milieus definieren sich darüber, dass sie möglichst früh – lieblosen – Sex erleben, weil sie schon viel zu früh erwachsen werden. Solche und andere Entwicklungen – die eben auch ein Integrationsproblem darstellen – kann jeder in nachmittäglichen TV-Shows oder in Sendungen wie „Super-Nanny“ beobachten.

Aber auch die sogenannte Mittelschicht hat natürlich ihre Abgrenzungsrituale, eine eigene Sprache, Codes, Labels, Schönheitsvorstellungen. Als der Soziologe *Heinz Bude* zum ersten Mal darüber sprach, dass man für gesellschaftlichen Aufstieg ein Wohn-/Esszimmer brauche, war klar: Hier wird dicht gemacht.

Warum sage ich das alles? Aus dem einfachen Grunde, weil ich möchte, dass wir es uns nicht zu einfach machen und die Probleme unserer Gesellschaft auf Menschen anderer Herkunft abwälzen. Wir sollten uns nicht vormachen, dass Integration ein Thema sei, das allein Migrantinnen und Migranten betrifft. Der soziale Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist an vielen Stellen prekär – aber oft werden die daraus entstehenden Probleme auf Migranten und deren Kultur oder Religion projiziert. Die Minarett-Abstimmung in der Schweiz ist dafür geradezu symptomatisch: Viele Kommentatoren haben auf die langwährende Identitätskrise der Schweiz hingewiesen. Da die eigentlichen Gründe für die Krise nicht direkt angegangen werden können, sind es plötzlich die gerade mal vier Schweizer Moscheen mit Minaretten, die zum Problem erklärt werden.

Die entscheidende Frage an uns selbst ist doch: Strahlen wir – die sogenannte „Mehrheitsgesellschaft“ (sind wir eigentlich in der Mehrheit?) – überhaupt aus, dass es sich lohnt, bei uns dabei zu sein? Verhalten wir uns vielleicht dem Eigenen gegenüber immer wieder zu ambivalent und unentschlossen? Natürlich will ich keine „Stolz auf Deutschland“-Debatte – das trauen Sie mir auch nicht zu. Aber ich wünsche mir schon Empathie für unser Land, und auch jenseits des Fußballs ein offensives Verteidigen der Demokratie. Wie oft sind die Anständigen in den letzten Jahren eigentlich wirklich aufgestanden? War der Aufstand nicht etwas, das kurz aufflackerte und viel zu schnell wieder verschwand?

Was die Geschichte der politischen Debatte in Deutschland über die Integration von Migrantinnen und Migranten angeht, möchte ich dennoch eine optimistische Feststellung machen: Nachdem das Thema Migration viele Jahrzehnte – von den sechziger Jahren bis Ende der neunziger Jahre – regelrecht verdrängt wurde, hat man inzwischen – auch über die Parteigrenzen hinweg – begriffen, dass Migration und Integration Themen sind, mit denen wir uns ernsthaft auseinandersetzen müssen. Auch Konservative erkennen heute an, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. So etwas wie das „Rückkehrförderungsgesetz“ der 1980er Jahre gehört Gott sei Dank der Vergangenheit an. Inzwischen hat die Politik verstanden, dass die allermeisten Migranten gekommen sind, um zu bleiben. Und immer mehr Menschen mit Migrationshintergrund werden in Deutschland geboren.

Es gibt da mittlerweile eine erfreuliche Offenheit – selbstverständlich mit unterschiedlichen politischen und ideologischen Akzentuierungen. Inhaltlich kann man über die Erfolge der Integrationsgipfel, der Islamkonferenz oder des „Nationalen Integrationsplans“ sicherlich streiten und als Grüne sehe ich natürlich vieles, was dort passiert, eher kritisch. Dennoch zeigt all das, dass keine Regierung es sich leisten kann, das Thema Integration von Migrantinnen und Migranten einfach zu ignorieren. Der nordrhein-westfälische CDU-Minister und Vorzeigemann *Armin Laschet* in dieser Frage sagt inzwischen: „Integration ist eine der großen gesellschaftspolitischen Zukunftsaufgaben in Deutschland.“

Ohne dass ich jetzt hier vorgezogenen oder – je nach zeitlicher Perspektive – nachgeholten Wahlkampf machen will: Bündnis 90/Die Grünen waren an diesem Prozess des Umdenkens maßgeblich beteiligt, indem sie das neue Staatsbürgerschaftsrecht

1998 mit vorbereitet haben. Mit dieser Reform wurde Einbürgerung erleichtert und den hier geborenen Kindern ein deutscher Pass zugesichert, sofern ein Elternteil seit mindestens acht Jahren legal in Deutschland lebt.

Trotzdem wird uns Grünen ja oft vorgeworfen, wir wären bis zum heutigen Tage realitätsferne Multikulti-Romantiker. Ich will nicht leugnen, dass es auch bei uns Leute gab, die bestimmte Probleme lange nicht wahrhaben wollten und das Nebeneinander unterschiedlicher Kulturen allein als Ausdruck einer schönen bunten Vielfalt gesehen haben. Aber Sie können sicher sein: Die Grünen sind längst in der Realität angekommen und gestalten sie. Für manche Multikulti-Optimisten im grünen Milieu hatte es auch einen gewissen Realitäts- und Lerneffekt, als die eigenen Kinder auf die Schule kamen und die Sprachprobleme der migrantischen Kinder im Kiez zum Thema wurden. Auch Grüne sehen durchaus, dass die Lage in einigen Bereichen des Zusammenlebens unbefriedigend ist: Unter uns leben Migrantinnen und Migranten, die selbst nach langjährigem Aufenthalt in Deutschland kein Deutsch sprechen. Es gibt Eltern, die ihren Kindern Bildung beziehungsweise eine berufliche Ausbildung vorenthalten. Die wiederkehrenden Diskussionen um die Teilnahme von muslimischen Mädchen am Sportunterricht oder an Klassenfahrten sind bekannt. Und Söhne werden oft zu überkommenem, patriarchalischem Verhalten erzogen – zu Lasten ihrer Schwestern und Partnerinnen. Dass das Grüne nicht richtig finden können, dürfte klar sein. Und übrigens sind es die Grünen gewesen, die die gesetzliche Regelung gegen Zwangsverheiratungen angeschoben haben.

Dass es heute eine viel offenere gesellschaftliche Debatte über Migration und Integration gibt, verdankt sich sicherlich auch der Tatsache, dass sich mit der CDU und den Grünen zwei politische Gruppen gewissermaßen von entgegengesetzten Seiten her der neuen Realität angenähert haben. Mit dieser doppelten Bewegung konnte ein großer Teil der Gesellschaft mitgenommen werden.

Ich habe oben gesagt, dass es unterschiedliche politische Akzentsetzungen in der Integrationsdebatte gibt. Die einen fragen mehr danach, was die Mehrheitsgesellschaft für die Migranten tun kann, die anderen betonen dagegen stärker die Verpflichtung der Migranten, sich zu integrieren. Zusammen passt es: Integration als *wechselseitigen Prozess* zu betrachten, an dem beide Seiten – Mehrheit und Minderheit – möglichst gleichberechtigt und auf Augenhöhe beteiligt sind. Das sollte auf jeden Fall das Ziel jeder liberalen und weltoffenen Gesellschaft sein: dass Integration weder eine paternalistische Zwangsmaßnahme der Mehrheitsgesellschaft ist, noch etwas, das allein der Eigenverantwortung und der Bereitschaft des Einzelnen überlassen bleibt. Integration darf keine Einbahnstraße sein, weder in die eine noch in die andere Richtung. Denn sie bedeutet Anstrengungen für Deutsche und Nichtdeutsche. Auf beiden Seiten ist die Bereitschaft zur Verständigung und zur Veränderung notwendig. Migrantinnen und Migranten betrifft dies allerdings in noch höherem Maße, da sie sich durch die Ankunft in einer neuen Gesellschaft größeren Veränderungen stellen müssen. Aber, um es klar zu sagen: Integration in die Mehrheitsgesellschaft kann unmöglich heißen, die alte Identität abzugeben und keine anzunehmen. Das gilt insbesondere für die Religion. Hier gilt es jene Toleranz an den Tag zu legen, die wir ja auch erwarten, wenn es um den christlichen Glauben in muslimischen Ländern geht.

An dieser Stelle – beim Thema Religion – stellt sich auch die Frage, was es überhaupt für uns als Christen heißt, dass wir auch eine Auseinandersetzung über die Wahrheit der Glaubensdinge haben: Wie viel wissen wir und wie viel wissen Muslime? Warum eigentlich macht uns der Islam so viel Angst – viel mehr noch als die Atheisten ...? Wäre es nicht unendlich spannend, über die Aufklärung zu debattieren, im Christentum und im Islam? Könnte es womöglich von Relevanz für die Gesellschaft sein, wenn wir über Gottes- und Menschenbilder diskutierten?

Aber lassen Sie uns bei der Frage der Gegenseitigkeit bleiben. Das Prinzip der Gegenseitigkeit kommt vielleicht am besten in der Idee eines *Vertrages* zum Ausdruck. Was ich Ihnen im Folgenden als Integrationsidee vorstellen möchte, betont diese Gegenseitigkeit als Bedingung der Möglichkeit gelingender Integration.

Ein solcher Integrationsvertrag geht erst einmal ganz sachlich von den Tatsachen aus: In Deutschland leben rund 14,5 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund. Jedes vierte Neugeborene hat mindestens einen ausländischen Elternteil und jeder dritte Jugendliche in Westdeutschland hat einen Migrationshintergrund. Die bisherige Unterscheidung zwischen „Wir“ und „Die“ erscheint allein schon vor diesem Hintergrund grotesk und sollte überwunden werden. Knapp 1,5 Mio. von ihnen sind in den letzten 25 Jahren eingebürgert worden. Das klingt viel – im internationalen Vergleich ist die Einbürgerungsquote in Deutschland aber eher niedrig.

Die Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft kann den notwendigen Integrationsprozess auf dem Weg dorthin und darüber hinaus nicht ersetzen. Wichtig ist deshalb eine möglichst weitgehende Angleichung der Rechte von langjährig in Deutschland lebenden Zuwanderinnen und Zuwanderern, auch wenn sie die deutsche Staatsangehörigkeit nicht annehmen.

Was ist dabei die *Rolle der aufnehmenden Gesellschaft*? Unsere Gesellschaftsordnung hat den Anspruch, dass jeder Mensch – unabhängig von der sozialen oder ethnischen Herkunft – die gleiche Chance haben soll, gesellschaftlich aufzusteigen. Tatsächlich hat unsere Gesellschaft aber bislang aufgrund einer verfehlten „Gastarbeiterpolitik“ Migrantinnen und Migranten keine gleichberechtigten Chancen gewährt. Im Zuge des Integrationsvertrages soll dem Staat die Aufgabe zufallen, gesellschaftliche Mobilität und sozialen Aufstieg auch für Zuwanderinnen und Zuwanderer tatsächlich zu ermöglichen und zu fördern – und so *Teilhabe* gerechtigkeit zu gewährleisten.

Dafür müssen wir *gemeinsam mit den hier lebenden Migrantinnen und Migranten* nach den Faktoren suchen, die Integrations- und Bildungserfolge bzw. beruflichen und sozialen Aufstieg fördern bzw. welche Hindernisse hierfür überwunden werden müssen. Zum Beispiel brauchen wir eine offensive Auseinandersetzung mit der Tatsache, dass 2008 die Quote der Schulabbrecher unter Migranten und ihren Kindern bei 17,5 % lag und 40 % von ihnen keine Berufsausbildung hatten.

Und was ist die *Rolle der Migrantinnen und Migranten*? Nun, von Menschen, die dauerhaft hier leben wollen, können wir erwarten, dass sie bereit sind, sich für unsere Gesellschaftsordnung zu öffnen, die Verfassung anzuerkennen und ihren Teil zur Entwicklung dieses Landes beizutragen: Hierzu gehört nicht nur der Erwerb der

deutschen Sprache und das Entrichten von Steuern, sondern auch das Engagement, das individuell Mögliche zu tun, um die Voraussetzungen für eine Einbürgerung selbstständig zu erfüllen. Wer selbstbestimmt hier leben will, muss auch anderen Menschen das Grundrecht auf eine freie Entfaltung der Persönlichkeit zugestehen und darf andere Menschen, insbesondere Frauen und Kinder, nicht daran hindern, sich sozial, politisch, religiös oder kulturell weiterzuentwickeln. Dazu kann auch gehören, sich aus dem Zusammenhang der eigenen sozialen bzw. kulturellen Gruppe lösen zu dürfen! Das ist das, was ich vorhin mit den „geschlossenen Gesellschaften“ und dem Eingesperrtsein in bestimmte Milieus meinte. Zu diesen Grundrechten gehören Religionsfreiheit und die Gleichberechtigung von Frau und Mann – aber auch das Recht auf Bildung. Viele Migrantinnen und Migranten setzen sich bereits jetzt für den Bildungserfolg und den gesellschaftlichen Aufstieg ihrer Kinder ein. Mit ihnen gemeinsam sollten wir allen Eltern vermitteln, dass sie für die Bildung und Erziehung ihrer Kinder mit verantwortlich sind und damit für die Zukunftschancen ihrer Kinder. Gleichzeitig sollen junge Migrantinnen und Migranten tatsächlich das Gefühl bekommen, dass ihnen bessere Bildung ein besseres Leben ermöglicht. Dazu gehört konkret: Dafür zu sorgen, dass Kitas und Schulen durchmischt sind und dort nicht bestimmte Milieus „unter sich“ bleiben. Dazu gehört es, über Quoten nachzudenken, und die Bereitschaft, für Kiezarbeit das notwendige Geld auszugeben.

Lassen Sie mich konkreter werden und Ihnen kurz die 15 Punkte eines möglichen Integrationsfahrplans vorstellen. Sie deklinieren die wichtigsten integrationspolitischen Handlungsfelder durch und legen für alle am Integrationsprozess Beteiligten offen und transparent dar, welche Aufgaben ihnen zukommen.

1. Wichtig ist zuallererst eine umfassende Sprachförderung: Das Erlernen der deutschen Sprache muss möglichst früh im Rahmen der Kinderbetreuung beginnen und sollte durch alle weiteren Bildungsbereiche fortgeführt werden.

2. Die verpflichtenden Deutschkurse des Zuwanderungsgesetzes müssen in ihrer Qualität weiter verbessert werden, sie müssen tatsächlich möglich sein, aber da wo sie überflüssig sind, aber bitte auch sein gelassen werden. Dass faktisch auch ein promovierter Germanist einen Deutschkurs absolvieren müsste, kann jedenfalls nicht sinnvoll sein.

3. Die Kommunen müssen sich interkulturell öffnen. Die Konzentration von Zugewanderten in einzelne Stadtviertel kann nur durch eine Arbeits- und Bildungspolitik bekämpft werden, die sich systematisch mit den sozialen Ursachen befasst. Dabei sind auch die Eltern einzubeziehen; ein gelungenes, „niedrigschwelliges“ Angebot sind in vielen Kiezen Nähkurse für die Mütter von Migrantinnen und Migranten. Dort wird dann „nebenbei“ Deutsch gelernt und die womöglich erforderliche Erlaubnis vom Ehemann oder Clan ist für's Nähenlernen allemal zu bekommen.

4. Die Kindergärten sind als Bildungseinrichtungen zu stärken: Wir brauchen kostengünstige, ganztägige Betreuungsplätze – und zwar schon für Kinder ab dem ersten Lebensjahr. Die systematische Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen muss z. B. durch eine interkulturelle Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher flankiert werden. Wichtig sind mehr Migranten als Erzieher – genauso wie bei den

Polizisten. Es ist Aufgabe der Eltern, die Angebote für ihre Kinder zu ermöglichen und zu unterstützen.

5. Der Übergang vom Kindergarten in die Grundschule muss in eine gleitende Eingangsphase umgewandelt werden: Sprachstandserhebungen für Kinder mit und ohne Migrationshintergrund im Alter von vier Jahren sind unverzichtbar. Sprachdefizite und andere Kulturdefizite müssen gegebenenfalls durch schulbegleitende, obligatorische Fördermaßnahmen ausgeglichen werden.

6. Wer Integration wirklich fördern will, kommt an einem integrativen Schulsystem nicht vorbei. Der Spracherwerb muss über alle Bildungsstufen gefördert werden. Freiwillige Vereinbarungen, Deutsch als Verkehrssprache auf dem Schulgelände einzuführen, sind dafür hilfreich. Notwendig ist nicht nur eine interkulturelle Qualifizierung von Lehrerinnen und Lehrern, sondern auch neue Formen und Ideen, um bildungsferne Eltern unabhängig von ihrer Herkunft anzusprechen, sie einzubeziehen und ihnen Verantwortung für das Ganze zu übertragen.

7. Dazu gehört genauso eine Jugendsozialarbeit, die für die jeweiligen kulturellen Hintergründe und Biografien sensibel ist und die auf interkulturellen und geschlechtergerechten Leitbildern aufbaut. Entsprechend ausgebildete Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeiter sollen motivieren, Integrationsangebote wahrzunehmen – aber auch Werte unserer Gesellschaft vermitteln. Auch hier, in der Jugendarbeit, brauchen wir viel mehr Migranten.

8. Berufliche Bildung ist die entscheidende Weiche für eine erfolgreiche Integration am Arbeitsmarkt. Es gilt deshalb, interkulturelle und mehrsprachige Kompetenzen besser zu nutzen und neue geschlechtsspezifische Akzente zu setzen. Diskriminierungen beim Zugang zu Ausbildungsplätzen müssen beseitigt werden. Wir müssen über neue Wege in der Berufsberatung nachdenken – sowohl im Zusammenwirken mit den Schulen, als insbesondere auch mit den Eltern. Aber auch Beratung der Arbeitgeber über Diversity-Konzepte, also darüber, wie man die unterschiedliche Herkunft und Kultur der Mitarbeiter nutzbar machen kann.

9. Die Zugänge zu Hochschulen müssen erleichtert werden. Wir wollen nicht nur die Übergänge von der Schule in die Hochschule für junge Erwachsene mit Migrationshintergrund vereinfachen, sondern auch hier Sprachförderung fortsetzen und Unis verstärkt interkulturell öffnen. Dass nun eine einheitliche Regelung bei der Anerkennung ausländischer Abschlüsse angestrebt wird, ist ein längst überfälliger Schritt.

10. Die Integration in den Arbeitsmarkt ist essentiell: Wir wollen Zugangsbarrieren zum Arbeitsmarkt beseitigen und gleichzeitig Angebote – zum Beispiel für den Erwerb berufsbezogener Deutschkenntnisse – durch den Einsatz von Integrationslotsen ausbauen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang eine systematische interkulturelle Öffnung des Öffentlichen Dienstes und die Förderung von Unternehmensgründungen von Personen mit Migrationshintergrund – und hier speziell auch von Frauen.

11. Die Gleichberechtigung von Frau und Mann ist unverzichtbar: Mädchen und Frauen müssen ihr Selbstbestimmungsrecht leben, ihre Persönlichkeit frei entfalten und in vollem Umfang an dieser Gesellschaft teilhaben können. Wie sich dieses Selbstbestimmungsrecht gestaltet, ist umstritten – das zeigt nicht zuletzt die Kopf-

tuchdebatte: Für die einen ist das Kopftuch ein Ausdruck eines individuellen und freien Umgangs mit der eigenen Religion, für die anderen ein Zeichen der Unterdrückung der Frau. Aber wie der türkisch-stämmige Kabarettist *Serdar Somuncu* festgestellt hat: Das Kopftuch steht genauso wenig im Koran wie der Stringtanga, den viele junge türkische Mädchen mit dem Kopftuch kombinieren. Er nennt das das „Kopftuch-Stringtanga-Syndrom“.

Um Migrantinnen vor Gewalt zu schützen, sind bessere Aufenthaltsrechte ebenso erforderlich, wie flächendeckende Beratungsstrukturen, niedrigschwellige Schutzprogramme und die Verankerung entsprechender Präventionsarbeit an den Schulen. Wir benötigen auch hier spezielle Integrationsangebote an die Eltern, in denen gewaltpräventive Erziehungsmethoden ebenso vermittelt werden, wie die Toleranz gegenüber den selbst bestimmten Lebensentwürfen ihrer Kinder.

12. Ziel muss außerdem ein einbürgerungsrechtlicher Neuanfang sein. Einbürgerungen sind für uns Ausdruck einer erfolgreichen Integration und einer Hinwendung zu unserer Gesellschaftsordnung. Dafür braucht es den Ausbau der freiwilligen Angebote für staatsbürgerliche Kurse, die Erleichterung von Einbürgerung – auch unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit – und ein Ende des sogenannten Optionsmodells. Jedenfalls sollte kein 18-Jähriger das Gefühl haben müssen, seine Identität, Eltern und Großeltern zu verraten, wenn er das Selbstverständliche anstrebt: Staatsbürger des Landes zu werden, in dem er lebt.

13. Politische Teilhabe und Partizipation müssen gefördert werden. Nur wer sein Lebensumfeld selber aktiv mitgestalten kann, wird sich hiermit identifizieren. Es gilt daher, die Beteiligungsrechte für Migrantinnen und Migranten an politischen Willensbildungsprozessen zu verbessern. Besonders positiv ist es, wenn Migrantinnen und Migranten sich über ihre berechtigten Partikularinteressen hinaus auch für allgemeine gesellschaftliche Themen engagieren. Ein kommunales Ausländerwahlrecht würde dies fördern. Aber auch integrative Stadtplanung gehört dazu, wie sie in dem 1999 gestarteten Programm „Soziale Stadt“ eine wesentliche Rolle spielt – mit dem Ziel, die Entstehung benachteiligter Stadtteile zu verhindern.

14. Was hieße es, den Islam einzubürgern? Um Muslime zu integrieren, sind deren religiösen Bedürfnisse im Alltag zu berücksichtigen – z. B. beim Religionsunterricht durch in Deutschland ausgebildete Lehrer, die auf Deutsch unterrichten. Das heißt konkret: demokratisch legitimierte Ansprechpartner und eben eine verstärkte Ausbildung von Imamen in Deutschland.

15. Kultur spielt eine überaus wichtige Rolle bei der Integration, Städte mit einem vielfältigen Kulturangebot sind auch wirtschaftlich erfolgreicher. Migrantinnen und Migranten tragen zu dieser Vielfalt maßgeblich bei.

Diese 15 Punkte des Integrationsfahrplans zeigen: Integration ist ein Prozess, der in unterschiedlichen gesellschaftlichen Feldern stattfindet und der sich gern auch in einem umfassenden Gleichstellungsgesetz spiegelt. Aber es geht um mehr. Er findet im Bildungswesen statt, auf dem Arbeitsmarkt oder im politischen System. Integration kann sehr wohl in einem Bereich gelingen und gleichzeitig im anderen schief gehen. Deshalb ist es wichtig, Integration als *ganzheitlichen* Prozess zu begreifen. Nur wer in

einem umfassenden Sinne das Gefühl hat, in einer Gesellschaft gebraucht zu werden, fühlt sich auch als Teil dieser Gesellschaft. Im besten Fall führt dies dazu, dass sich die jeweilige Person mit der Gesellschaft *identifiziert*. Das würde ich vielleicht sogar als entscheidendes Zeichen wirklich gelungener Integration ansehen: Dass ein Gefühl der Identifikation entsteht und sich jemand als aktiver Teil der Gesellschaft sieht, als jemand, der etwas beizutragen hat und „gefragt“ ist.

Die beste Integrationsbotschaft lautet deshalb: „Jede und jeder wird gebraucht! Wir wollen niemanden zurücklassen, wir wollen auf kein Talent verzichten!“ Und Aufgabe der Politik ist es dann, einen institutionellen Rahmen für den gesellschaftlichen Einstieg und Aufstieg von Migrantinnen und Migranten zu schaffen.

In diesem Sinne liefert das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung in seiner Studie „Ungenutzte Potentiale. Zur Lage der Integration in Deutschland“ eine Definition für gelungene Integration: „Als gelungene Integration wird die Annäherung der Lebensbedingungen von Menschen mit Migrationshintergrund an die der Einheimischen im Sinne gleicher Chancen und gleicher Teilhabe definiert.“ Diese knappe Definition könnte vielleicht als Mindeststandard der Integration dienen.

Teilhabe ist wichtig, weil Menschen das Gefühl brauchen, gebraucht zu werden. Dieses Gebraucht-Werden verweist auch auf etwas, das ich bisher außen vor gelassen habe: den *demografischen Wandel*. Es ist eine Tatsache, dass die Kinder und Enkel der Zugewanderten unsere Gesellschaft mittragen werden – angesichts leerer Rentenkassen nicht zuletzt auch ökonomisch.

Das soll nicht heißen, dass Migrantinnen und Migranten nur dann willkommen sind, wenn sie Rentenzahlungen erwirtschaften. Natürlich dürfen wir Menschen nicht nach ihrem ökonomischen „Nutzwert“ bewerten. In einer offenen Gesellschaft brauchen Einwanderung und Integration menschenrechtliche Mindeststandards. Flüchtlinge sind oft die Schwächsten der Gesellschaft, für die sich Kirchen deshalb einsetzen. Sie brauchen eine rechtsstaatliche Regelung oder zumindest eine großzügige Bleiberechtsregelung. Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland fordert deshalb, dass das Bleiberecht an Kriterien geknüpft wird, die von den betroffenen Menschen auch tatsächlich erfüllt werden können und ihnen eine echte Lebensperspektive eröffnet wird.

Das ökonomische Argument ist deshalb eher als ein Hinweis darauf zu verstehen, dass es schon das bloße Eigeninteresse gebietet, alle Menschen, die in unserer Gesellschaft leben, bestmöglich auszubilden und ihnen die Chancen auf ein selbstbestimmtes und erfolgreiches Leben zu geben.

Wie gesagt, die Botschaft der Integration lautet: Jede und jeder wird gebraucht! Jede und jeder soll die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben bekommen.

So verstanden ist Integration kein Problem, sondern eine Chance für unsere Gesellschaft. Und es ist keine hohle Phrase, von Chance zu reden. Es ist längst erwiesen, dass Gesellschaften, die Vielfalt leben, Potenziale haben, offen sind, größere Möglichkeiten haben, erfolgreich zu sein. Der US-amerikanische Ökonom *Richard Florida* hat in seinen Untersuchungen über die „Kreative Klasse“ gezeigt, dass es einen Zusam-

menhang zwischen der ökonomischen Stärke einer städtischen Region und der Vielfalt und Unterschiedlichkeit der dort lebenden Menschen gibt.

Deshalb brauchen wir wie der FC Bayern den „12. Deutschen“, aber nicht nur einen oder zwei, sondern viele!